Auszug aus MOZ bei Context XXI

(http://contextxxi.org/der-staat-stirbt-ab.html)

erstellt am: 29. März 2024
Datum dieses Beitrags: Oktober 1990

DDR-Nachruf

Der Staat stirbt ab

HANNES HOFBAUER

Sie haben Anfang und Ende der DDR miterlebt; Hoffnung und Enttäuschung, und wieder Hoffnung. Was haben die heute 65- bis 85jährigen über ‚ihren' Staat zu erzählen, der am 3. Oktober 1990 seine Pforten schließt?

Diesmal hatten die Historiker die Nase vorne. Bereits am 22. Dezember 1989 schloß das Museum für deutsche Geschichte in Ostberlin seine DDR-Abteilung. 1949 bis 1989 war nicht mehr. Auch mit der endgültigen Schliessung des gesamten historischen Museums im ehemaligen Zeughaus Unter den Linden war man mit bei den ersten. Drei Wochen vor dem politischen Aus für den zweiten deutschen Staat kam die historisch-materialistische Betrachtungsweise der deutschen Geschichte hinter Schloß und Riegel. 450.000 Objekte sowie der ganze Museumskomplex gehen damit in bundesdeutschen Kulturbesitz über. Die Neuinterpretation der Vergangenheit wird eine Weile in Anspruch nehmen.

Nicht einmal 41 Jahre alt ist sie geworden, die 1949 — nach der BRD — gegründete Deutsche Demokratische Republik. Viele Menschen haben sie — was bei einem Staatsgebilde eher selten ist überlebt. Anfängliche Begeisterung ist bald allgemeiner Ernüchterung gewichen. Und die Hoffnungen des letztjährigen Herbstes wurden schnell enttäuscht. Statt einer besseren DDR, für die von Leipzig bis Berlin Zigtausende auf die Straße gegangen waren, ist eine größere BRD entstanden.

Mit deren sozialen Problemen — vor allem im Osten — füllen sich nun auch die Seiten und Bildschirmröhren der neoliberalen West-Propaganda. Der vielzitierte ‚kleine Mann', so die allgemeine Einschätzung, hätte sich mehr erwartet von Helmut Kohls Deutschland, mehr Bequemlichkeit und weniger Arbeitslosigkeit, mehr soziale Sicherheit und weniger Überlebenskampf.

Wie empfinden kritische, politisch aktive Ostdeutsche das Ende ‚ihres' Staates? Was bereuen sie? Worauf sind sie stolz? Wieviel Mühe bereitet es ihnen, ihr Leben auf die Erfordernisse der Westgesellschaft umzustellen, mit der anwachsenden gesellschaftlichen Aggressivität fertigzuwerden?

Von Anfang an dabei

Mit solchen Fragen habe ich mich aufgemacht und Prominente, die Anfang und Ende der DDR miterlebt haben, konfrontiert:

Jürgen Kuczynski, 87jähriger Historiker, seit den 30er Jahren Mitglied der kommunistischen Partei, hat so manches politische Wechselbad erlebt. Seine wissenschaftliche und publizistische Arbeit ließ ihn mal in Gnade, mal in Ungnade fallen. Heute lebt er in einer grau und schäbig wirkenden Vorortvilla in Berlin-Weißensee, umgeben von einer der umfangreichsten deutschen Privatbibliotheken. Am Anfang unseres Interviews erzählt er mir von einem Dialog zwischen H. G. Wells und W. I. Lenin aus dem Jahre 1922. Wells, der zu Besuch in der jungen Sowjetunion weilt, wird von Lenin über seine Eindrücke befragt. „Man trifft so viele unzufriedene Leute auf den Straßen", antwortet der britische Schriftsteller. Worauf der Revolutionär den Gast mit einem kurzen „Na bestens!" verblüfft.

Wolfgang Ullmann, um die 65 Jahre alt, ist Vizepräsident der DDR-Volkskammer. Lange Jahre in kirchlich-oppositionellen Bürgerbewegungen engagiert, hat er die 1989er Wende als Aktivist der Gruppe „Demokratie Jetzt" mitgemacht. Unser Gesprächstermin: Montag, 8 Uhr früh. Im „Haus der Parlamentarier" am Marx-Engels-Platz herrscht bereits geschäftiges Treiben. Wolfgang Ullmann ist das genaue Gegenteil eines westgestylten Politikers: Sichtlich unkorrumpiert, kommt er mit seiner Rolle als einer der höchsten Männer in der Noch-DDR kaum zurecht. Daß ihm Freunde jetzt zu seiner Übersiedlung in den Bonner Bundestag und seinem fürstlichen Salär gratulieren, behagt ihm nicht. „Dafür, daß ich nach Bonn komme, haben wir nicht jahrelang gekämpft", gibt er sich über das Ende der DDR gar nicht so glücklich.

Anneliese Klenner, 64, hat ihr ganzes politisches Leben für die Rechte der

Frauen gekämpft. Frauenkommission, Frauenausschuß, in Partei, Bezirk und Betrieb. 18jährig kam sie nach Mitteldeutschland, in die damalige Ostzone, aus Breslau vertrieben, Arbeiterkind. „Ich war froh, den Krieg überlebt zu haben." Das Arbeiter- und Bauernstudium hat ihr die Möglichkeit geboten, trotz Armut intellektuell und beruflich weiterzukommen. Anneliese Klenner steht auch heute noch zur DDR.

Wolfgang Harich, ebenfalls in den 60ern, Philosoph und Ökologe, ist erst vor wenigen Wochen offiziell rehabilitiert worden. Im Jahre 1956 hat er zusammen mit Walter Janka und der Gruppe um Paul Merker und Anna Seghers versucht, das Ulbrichtregime zu stürzen. Acht Jahre Gefängnis waren die Folge. Sie haben ihn trotzdem nicht zu einem Dissidenten gemacht. Der 3. Oktober 1990 ist für ihn kein Feiertag: „Früher glühte ich für die deutsche Vereinigung, aber das jetzt ist keine. Das ist eine Vereinnahmung mit Hilfe von Kollaborateuren."

Lothar Killmer, 71 Jahre alt, arbeitet seit der Staatsgründung — auch nach seiner Pensionierung — als außenpolitischer Redakteur im „Neuen Deutschland". 1945 ist er, nach fünfeinhalb Jahren Konzentrationslager, in die KPD eingetreten, schon deshalb, „weil mich die Sowjets vor dem Ofen gerettet haben". Heute wirft er dem DDR-Sozialismus vor, die Gefühle und Emotionen der Menschen im Lande übersehen und ignoriert zu haben. Lothar Killmers Menschenbild hat sich von der marxistischen Philosophie entfernt. Als ich ihn darauf anspreche, erschrickt er. „Was, ich soll kein Marxist mehr sein? Aber ... vielleicht ist das gar nicht so schlimm und nicht böse gemeint."

Klaus Höpcke, frühe 60, war stellvertretender Kulturminister von 1973 bis September 1989. Sein Auftreten macht deutlich, daß die Spitzen der ehemaligen Nomenklatura gut geschulte Kader sind. Er hält sich zugute, daß er einer der wenigen Staatsfunktionäre war, die — wenn auch kleinlaut — Kritik am Honeckerkurs geübt haben. Für unser Interview unterbricht Klaus Höpcke eine Versammlung der PDS (Partei des demokratischen Sozialismus), die unter der Losung „Erneuerungskongreß" in der früheren Parteiakademie abgehalten wird.

Russische Soldaten verkauften ihre Uniformen

BILD: ANDREA KOMLOSY

Berlin, September 1990

BILD: ANDREA KOMLOSY

Was war die DDR?

In die offizielle, die herrschende Geschichtsschreibung werden die 40 Jahre DDR als politischer Anachronismus eingehen, als Folge geostrategischer Konstellationen nach 1945, die in demselben Moment irrelevant wurden, als die Sowjetunion zusammenbrach und die BRD erstarkte. Auf Propagandadeutsch wird es dann heißen: Die DDR war Mauer plus Stasi plus Loyalität zur Sowjetunion.

Tatsächlich war der zweite deutsche Staat von Anbeginn an so nicht geplant. Bis 1949 glaubte die Ostberliner Führung an die Errichtung eines gesamtdeutschen Staates, den sie gerne sozialistisch gesehen, mit dessen bürgerlichdemokratischer Form sie sich jedoch ebenfalls abgefunden hätte. Und noch drei Jahre nach den zwei deutschen Staatsgründungen, im Jahre 1952, bot die berühmte Stalinnote die Möglichkeit für ein gemeinsames, neutrales Deutschland. Die Westmächte, allen voran Frankreich, lehnten ab. BRD-Kanzler Konrad Adenauer sprach sich gegen ein neutrales Gesamtdeutschland und für die Westintegration der größeren Hälfte aus. Spätestens im Jahre 1961, beim Bau der Berliner Mauer, verordneten die SED- (Sozialistische Einheitspartei Deutschland)-Granden den Ostdeutschen eine eigene DDR-Identität. Die Abschottung, wirtschaftlich notwendig, politisch und kulturell fatal, begann.

Für Jürgen Kuczynski war die DDR ein deformierter sozialistischer Staat. Viel weniger, als wofür er gekämpft und geschrieben hatte, aber mehr als Mauerbau und Stasi. „Ich beteilige mich nicht an den allgemeinen Beschimpfungen, die in den 40 Jahren DDR nur ein Verbrechen sehen. Denn immerhin gab es soziale Sicherheit und eine — wenn auch stark behinderte — kulturelle Entwicklung. Wir waren ein Leseland; heute kann davon keine Rede mehr sein. Unsere besten Schriftsteller, die sich 1989 gegen das Regime gestellt haben, aber sozialistisch geblieben sind, werden verhöhnt."

Wolfgang Ullmann sieht die DDR als Versuch einer Alternative zur westdeutschen Restauration der bürgerlichen Besitzklassen. „Daß sich die westdeutschen Bürger Richtung Frankreich und den USA wandten, hat mich sehr verwundert. Weil auch ich aus demselben bürgerlichen Milieu stamme, weiß ich, daß das ideologisch unglaubwürdig war. Man stellte sich, das war einfach, auf die Seite der Sieger. Auch hier im Osten."

Der Versuch ist zwar gescheitert, dennoch will Ullmann nicht alles in Bausch und Bogen verdammen. „Meine Kinder fühlten sich hier zuhause, obwohl ihr Vater ein Gegner der Kommunisten war und sie sich nicht an der FDJ (Freie deutsche Jugend) oder der Jugendweihe (= Firmung für Jungkommunisten, d.V.) beteiligten. Sie sind, auch wenn es eigenartig klingt, Osteuropäer geworden. Meine Tochter z.B. hat in Warschau Musik studiert und am hiesigen Kulturleben teilgenommen."

„Die meisten Menschen hier waren loyal zu ihrer Heimat", meint auch der Historiker Jürgen Kuczynski: „Bis Anfang der 80er Jahre empfanden sie die soziale Sicherheit stärker als die gesellschaftliche Unterdrückung."

Kritischer sieht das Wolfgang Harich. Für ihn war die Mehrheit der DDR-Bevölkerung zu jeder Zeit mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden. „Man fand sich damit ab. Was gut am System war, nahm man als selbstver-

ständlich hin. Wenn einer aus dem Westen gekommen ist und erstaunt gefragt hat, was, Du zahlst nur 40 Mark Miete im Monat, hieß die Antwort: Na, das wär' ja noch schöner ... Gesehen wurde nur, was nicht gut war in der DDR. Zum Beispiel im Westfernsehen. Die hatten dort alle BMW und Mercedes. Und wie leicht man an die Ersatzteile herankam! Nicht zu reden von den politischen Freiheiten. Nein, wie ist das schön, wenn im Bundestag die SPD auf die Regierung schimpft. Das alles dürfen wir hier nicht. Und nach Spanien in den Urlaub fahren ist auch nicht drinnen."

Das Argument der sozialen Sicherheit hat die SED-Führung bis zum Überdruß benützt, um so etwas wie Massenloyalität vorzugaukeln. Heute sieht das Klaus Höpcke kritischer: „Die Führung hat ständig Selbstlob ausgestreut. Übermäßige Lobpreisungen waren an der Tagesordnung. Aber das hat natürlich das Fehlen diverser bürgerlicher Freiheiten, wie z.B. Reisen, nicht kompensieren können." Den tieferen Grund, warum das ganze soziale Sicherungssystem heute Loyalität bewirkt hat, ortet Lothar Killmer in der Tatsache, daß auf die sozialen Errungenschaften nicht mit Dankbarkeit reagiert wurde, sondern mit einem Vergleich zur Lage in Westdeutschland. „Das war natürlich verständlich, aber fatal."

Produktionsbetrieb geschlossen

BILD: ANDREA KOMLOSY

Prenzlauer Berg/Ostberlin

BILD: ANDREA KOMLOSY

Spießig, kleinbürgerlich, biedermeierlich

Also sah man West-TV und rückte sich die eigene kleine Welt zurecht. Neben einer Minderheit von überzeugten Kommunisten und einer klandestin agierenden antikommunistischen Szene zog sich die Mehrheit der DDR-Bürger/innen in die Privatsphäre zurück. Die SED hat diesen Prozeß gefördert, ganz nach der Devise: Besser das Volk züchtet Zwiebel, als es engagiert sich politisch. Günther Gaus hat das einmal die „Nischengesellschaft" genannt, ab 1970 die vorherrschende Gesellschaftsform der DDR. Gleichzeitig spießbürgerlich und biedermeierlich, drückte dieser Rückzug ins Private auch eine Art Einverständnis zwischen Partei und Bevölkerung aus. Ähnlich dem Kadarismus in Ungarn, überließ die Bevölkerung der Partei das politische Aktionsfeld, während sich umgekehrt kein Funktionär daran stieß, wenn sich die Werktätigen am Volkseigentum bedienten und sich knappe Waren anders als im Geschäft besorgten. Motto: Ohne Diebstahl geht gar nichts.

Was sich da in der Nischengesellschaft abgespielt hat, erklärt mir Wolfgang Harich: „Je nach Gusto wurde Rockmusik oder Mozart gehört, Christa Wolf gelesen und im Wald gegrillt. Ein halbes Leben hat man an seiner Datscha (Einfamilienhaus, d.V.) gebaut, und wenn die Datscha fertig war, sich zu langweilen begonnen. Dann ließ man sich scheiden und war mit der Frage beschäftigt, wer denn nun Datscha, Auto und Farbfernseher bekommen würde." Die im europäischen Maßstab höchste Scheidungsrate ist allerdings seit der Verkündung der deutsch-deutschen Währungsunion stark rückläufig. Zuviel Neues und Bedrohliches kommt auf die Ostdeutschen zu, als daß sie Muße genug hätten, das Spiel mit dem Partnertausch fortzusetzen.

Anneliese Klenners Leben hatte nichts von biedermeierlicher Beschaulichkeit. „Wir haben für Kindereinrichtungen und Haushaltstag gekämpft", was bis zum 3. Oktober 1990 relativ beispielhaft funktioniert hat. „Gegen Ende der 60er Jahre sind dann die Frauenausschüsse mehr und mehr zurückgedrängt worden. In der Partei hatten wir nichts mehr zu reden, und die Jüngeren begannen, ausschließlich in der Freizeit zu leben."

Abgeschiedenheit war nicht nur für das gesellschaftliche Leben typisch, sondern prägte ebenso den Staat DDR. „Freilich war an der Abschottungspolitik der DDR auch das westliche Embargo schuld, demzufolge wir keine High Tech einführen durften, aber auch interne Gründe für unser wirtschaftliches Scheitern gab es genug." Für Jürgen Kuczynski sind falsche Weichenstellungen im Sozialbereich mitverantwortlich für die allgemeine Verantwortungslosigkeit, die sich in der DDR-Gesellschaft breitgemacht hat. „Die Entscheidung z.B., aus dem verfassungsmäßig garantierten Recht auf Arbeit ein Recht auf den jeweiligen Arbeitsplatz zu machen, war völliger Blödsinn. Für uns auf der Universität gab es dann nur zwei Wege, unfähige junge Wissenschaftler, die unglücklicherweise auf dem falschen Sessel sassen, loszuwerden: Entweder man überredete den jungen Wissenschaftler, den Direktor in die Nase zu beißen. Das war ein Entlassungsgrund. Oder man pries ihn so lange, bis ein anderes Institut auf ihn aufmerksam wurde, in der Hoffnung, daß er bald abgeworben würde." Was gesellschaftlich nach ein paar Jahrzehnten DDR so pervertiert ist, hat ideell un-

ter ganz anderen Vorzeichen begonnen. 1945 herrschte Aufbruchsstimmung, ‚Kommunist' war noch kein Schimpfwort.

Der Anfang

Ilja Ehrenburg, der große sowjetische Schriftsteller, hat während des Krieges eine ständige Glosse in der „Prawda" betreut. Seine Haßartikel auf Deutschland waren berühmt und endeten regelmäßig mit der Floskel: „Germanija ne budjet!" Deutschland wird nie wieder sein! Diese Haltung der Sowjetunion änderte sich nach dem Potsdamer Abkommen Anfang August 1945. Ab damals wollte Stalin ein wirtschaftlich geeintes, politisch neutrales Deutschland, schon deshalb, um einen faßbaren Kontrahenten zu haben, der bei Kriegsende reparationsfähig sein und Wiedergutmachung leisten können sollte.

Ein geeintes Deutschland, das war für die allermeisten selbstverständlich, auch nach Kriegsende. Von meinen Gesprächspartnern zweifelte Mitte der 40er Jahre niemand daran. Die Aufbruchstimmung war gesamtdeutsch. „Noch im Jahre 1955 bekam ich die Ernst-Moritz Arndt-Medaille", erzählt mir Lothar Killmer, „auf der der Satz zu lesen ist: Das ganze Deutschland muß es sein!"

Auch Wolfgang Harich erlebte die Stimmung im Nachkriegsberlin als antifaschistisch und gesamtdeutsch. „Ich war damals 21 Jahre jung, literarisch und philosophisch interessiert und sicher, daß mit der Zeitenwende alles Gute beginnen würde. Im französischen ‚Courier' arbeitete ich als Journalist, im Aufbau-Verlag als Lektor. Arnold Zweig, Bertolt Brecht und Anna Seghers kehrten aus der Emigration zurück. Lion Feuchtwanger brachte alle seine Schriften in ‚meinem'Verlag heraus. Mit Georg Lukacs und Ernst Bloch verband mich bald mehr als das Lektorieren ihrer Werke. Für mich kam die ernste Krise erst, als Kurt Hager, der spätere Chef-ideologe Honeckers, von mir als Herausgeber einer Philosophiezeitschrift forderte, ich solle den Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, anläßlich seines 60. Geburtstages als großen Philosophen preisen. Meine Weigerung brachte größere Probleme mit sich. ... Überhaupt war diese Zeit nach 1952, als Walter Ulbricht den Aufbau eines eigenen DDR-Sozialismus proklamierte, die schlimmste Periode in der Geschichte dieses Staates. Das Land wurde abgeschottet, die Länderstrukturen aufgebrochen, den Kleingewerbetreibenden die Lebensmittelkarten entzogen, der Klassenkampf gegen die Kirche ausgerufen. Kurzum, es war eine Periode des Terrors." Bis 1956 kämpfte Harich, zeitweilig als Titoist diffamiert, gegen den Ulbrichtkurs. Erfolglos: Im Jahre 1956 wanderte er für acht Jahre hinter Gitter.

Anneliese Klenner war 18 Jahre alt, als der Krieg zu Ende ging. „Für mich war 1945 die Stunde Null. Ich wollte für den Frieden arbeiten, bis zur Erschöpfung. Daß ich durch meine Flucht aus Breslau nach Magdeburg und nicht nach München kam, war reiner Zufall. Aber wir glaubten ohnehin alle an ein einiges Deutschland. Als sich dann für mich als Arbeiterkind die Möglichkeit zum Studium bot, zog ich gleich mit meinen wenigen Habseligkeiten auf die Universität. Nach der Teilung in BRD und DDR, die ich — vor lauter Wiederaufbau richtiggehend verschlafen habe, konnte ich mich schnell für die DDR erwärmen."

Die Euphorie des Anfangs hat sich dann im Herbst 1989 mit der Wendeeuphorie wiederholt. Die bald daraufhin einsetzende Skepsis ist mittlerweile zumindest in Berlin — einer politischen Resignation gewichen. „Dafür haben wir nicht gekämpft", ist der Tenor bei jenen, die zu den ersten Demonstrationen gegen das Honeckerregime aufgerufen haben und nun vor dem Trümmerhaufen der DDR-Staatlichkeit stehen.

In Berlin herrscht eine aggressive Stimmung. Die Leute wissen, daß das Gröbste erst kommt. Noch sind die Mieten ‚sozialistisch' und Busse wie S-Bahn kosten 20 Pfennige. In den Westsektoren muß man dafür 2,70 DM berappen. Und ab 3. Oktober wird der Osten an den Westen angedockt.

Wohin mit den offiziell errechneten 1,5 Millionen Arbeitslosen, den aus Nationaler Volksarmee und Ministerien Entlassenen? Wohin mit jenen, die sich die bevorstehende 10- bis 12-fache Mietenerhöhung nicht mehr werden leisten können? Das Ende der DDR droht ein Ende mit Schrecken zu werden.

Ein Andenken gefällig?

BILD: ANDREA KOMLOSY

Löcher in der Mauer

BILD: ANDREA KOMLOSY

Das Ende

Wohnungsbegehung in einem alten Mietshaus im Ostberliner Stadtteil Friedrichshain. Ein Mann und eine Frau vermessen zielstrebig Küche, Zimmer, Vorzimmer ...

„Sie haben ja einen netten Balkon." Die Hausfrau zuckt zusammen. Warum? Ist das nicht erlaubt? scheinen ihre Augen zu fragen.

Erlaubt ist alles, nur kosten wird es zukünftig mehr als die 40 Mark pro Monat. Doch das sagen die Wohnungsvermesser nicht, sondern verweisen diesbezüglich auf den Anschlag im Hausflur. Dort steht lapidar in Amtsdeutsch: „Werte Mieter! Wie Sie bereits den Informationen der Medien entnehmen konnten, machen wegfallende Subventionen in der Wohnungswirtschaft und erhöhte Aufwendungen in der Wohnraumverwaltung es erforderlich, kostendeckende Mieten perspektivisch einzuplanen." Perspektivisch einplanen, das ist den Mietern, die seit über 15 Jahren in Friedrichshain wohnen, etwas zu unkonkret. Doch Genaueres ist aus den Wohnungsbegehern nicht herauszubekommen. Wer sie überhaupt geschickt hat, will die Hausfrau noch wissen. „Die Wohnbaugesellschaft mit beschränkter Haftung", die Betonung setzt sich bedrohlich auf den letzten

Worten fest.

Im Supermarkt ist die Deregulierung, wie sie für den Wohnungsmarkt gerade vorbereitet wird, schon längst abgeschlossen. Dort, in der ehemaligen Leninkaufhalle — den neuen Namen merkt sich hier derweil noch niemand —, gibt es keine DDR-Produkte mehr. „Konsum“ und „HO“, die beiden großen ostdeutschen Supermarktketten, haben sich gleich nach der Währungsunion finanzkräftige Partner aus dem Westen gesucht. Bevor die mit ihren LKW kamen, mußten die Regale leer sein. Mitte September 1990 ergab ein Augenschein, daß außer einer Hautcreme, zwei Sorten Bier, Mineralwasser, Speiseeis und Kohlrüben keine Ostprodukte mehr im Laden zu finden waren. Dafür sah die Asienabteilung aus wie in einem Londoner Supermarkt: Satésauce, japanischer Sake, verschiedene Sorten Soja ...

Woran die DDR schlußendlich zugrunde gegangen ist, will ich von meinen Gesprächspartnern wissen: Anneliese Klenner sieht den Grund dafür in der unüberwindlichen Kluft zwischen SED-Führung und Volk. Zwischen dem ‚"Wir‘ und dem ‚Die‘ lagen Welten. Und „statt eine Verbesserung des Sozialismus anzustreben, hat man sich in den bürokratischen Führungsetagen eingebunkert und die Leute dumm sterben lassen.“

Auch Lothar Killmer macht die SED--Parteilinie für den Zusammenbruch mitverantwortlich. „Die haben aus der geheimen Kampforganisation KPD eine Massenpartei machen wollen, indem sie die hunderttausenden Mitglieder auf verschwörerische Prinzipien einschwören wollten. Zusammen mit dem Druck von außen, insbesondere via TV und Radio, ist dieses Modell in sich zusammengesackt wie ein Luftballon ohne Luft.“ Nicht so sehr in der Politik der DDR sieht Wolfgang Harich das schnelle Ende begründet. „Primär ist, daß die Sowjetunion mit Pershing II und Cruise Missiles zu Tode gerüstet worden ist. Auch das wirtschaftliche Engagement für Kuba, Angola, Moçambique, Afghanistan, Vietnam etc. hat die Sowjetunion so geschwächt, daß ihr das osteuropäische Glacis zusammengebrochen ist.“
Die eigene politische Unfähigkeit der ehemaligen DDR-Führung bestreitet niemand. Und glückliche Gesichter sieht man in Ostberlin wenige. Die meisten meiner Gesprächspartner empfinden es als ein persönliches Unglück, daß ‚ihre‘ DDR, deren Führer sie hunderte Male verwünscht hatten, nicht mehr ist. „Uns Frauen geht es nun an den Kragen“, meint etwa Anneliese Klenner. Was sie besonders schmerzt, ist, daß ihre Enkelkinder nicht mehr, wie sie, studieren werden können.

Viel abgeklärter reagiert Jürgen Kuczynski: „Allen meinen jungen Freunden, die unter 70 sind“, meint der 87jährige, „sage ich, daß sie die neue Wende noch erleben werden. Und ich laß mir die Vorfreude darauf nicht nehmen.“

Die nächste Zukunft läßt solchen Optimismus nicht gerechtfertigt erscheinen. Den Grundtenor der Wendehalsgeneration, der 40- bis 50jährigen, faßt ein Mitarbeiter des nun bereits geschlossenen Museums für deutsche Geschichte folgendermaßen zusammen: „Durch 40 Jahre Schweigen in der DDR haben wir uns das Mitspracherecht für die Zukunft verwirkt.“

Uwe Klußmann — Der letzte DDR-Bürger

Etwas irritiert wirkte sie schon, die Mitarbeiterin des Standesamtes in Berlin-Friedrichshain (DDR), die mir am 7. September dieses Jahres die Staatsbürgerschaftsurkunde der DDR überreichte.

Im Mai, als ich den Antrag stellte, DDR-Bürger zu werden, war Innenminister Peter-Michael Diestel noch der Meinung, die DDR werde etwa zwei Jahre lang, bis zum Abschluß des deutschen Einigungsprozesses, existieren. Seither geriet die Bearbeitung meines Antrages auf DDR-Staatsbürgerschaft zu einem Wettlauf mit dem Zug der deutschen Einheit, der ohne Notbremse an Bord nicht nur längst abgefahren war, sondern auch alle angekündigten Stationen vorzeitig durchraste.

Geboren im Jahr des Mauerbaus 1961 als Sohn ehemaliger DDR-Bewohner, hat mich die DDR von Kindheit und Jugend an intensiver beschäftigt, als das bei Bundesbürgern meist üblich war. Ich bin in den siebziger und achtziger Jahren oft in der DDR gewesen und empfand ausgeprägte Sympathie — nicht für die Politik des Politbüros, aber für das „Staatsvolk der kleinen Leute“ (Günter Gaus), das unter schwierigeren Bedingungen zu leben gelernt hatte als die Mehrheit der Westdeutschen.

Das in der Bundesrepublik traditionell verbreitete Desinteresse am Leben von 16 Millionen Menschen in der DDR gehört nicht gerade zu den sympathischsten Seiten der sich nun vergrößernden Bundesrepublik. Noch kurz vor dem Anschluß Bürger der DDR zu werden, kann kaum mehr als eine symbolische Geste der Solidarität sein. Es ist zudem ein Anlaß zum Nachdenken darüber, daß die Parole „Wir sind ein Volk“ auch nach dem 3. Oktober 1990 durchaus nicht der Realität des neuen Deutschland entspricht.

Hannes Hofbauer: Hannes Hofbauer hat an der Universität Wien Wirtschaftsgeschichte und Sozialgeschichte studiert, er ist Verleger (*Promedia* Verlag) und freier Autor in Wien.

Lizenz dieses Beitrags
Copyright
© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels